

Solidarität mit Sans-Papiers

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Willy Spieler

Solidarität mit Sans-Papiers

• Die Zürcher Predigerkirche hat von sich reden gemacht. Nicht aus eigenem Antrieb, sondern dank der rund 150 Sans-Papiers, die sich dort über die Weihnachts- und Neujahrstage aufhielten. Sie wurden unterstützt von einem Bleiberecht-Kollektiv und nannten ihre Aktion «Besetzung». Am 5. Januar beugten sie sich dem Ultimatum des kantonalen Sicherheitsdirektors Hans Hollenstein (CVP), der mit ihnen nur verhandeln will, wenn sie zuvor die Kirche geräumt haben. Das Gespräch mit einer Delegation der Sans-Papiers, das auf Vermittlung des Kirchenratspräsidenten Ruedi Reich zustande kam, endete mit Hollensteins wenig verbindlicher Zusage, die abgelehnten Härtefallgesuche erneut zu prüfen und eine Härtefallkommission in Erwägung zu ziehen.

Doch gequält sind sie mir vorgekommen, die verantwortlichen Leute der Predigerkirche. Eine «christlich» firmierende Partei mimte gar Empörung über «das erzwungene Gastrecht». Auch der Rechtsstaat war wieder mal gefährdet. Fragt sich nur von wem.

Warum kein Kirchenasyl?

Gerne würde ich berichten, die Pfarrerin oder der Kirchgemeindepräsident habe die Sans-Papiers zu Beginn ihrer Aktion am 19. Dezember mit folgenden Worten empfangen: «Die Kirche steht auf der Seite der Schwachen in dieser Gesellschaft, ganz besonders, wenn sie rechtlose Fremde sind. Seid also willkommen im Gotteshaus, das für alle da ist, vorrangig für die Notleidenden. Wir hören Euren Schrei um Befreiung aus entwürdigenden Verhältnissen und stellen Euch unter den Schutz unserer kirchlichen Gemeinschaft. Nennt es ruhig Kirchenasyl! Eure Anwesenheit gibt dem bevorstehenden Fest der Liebe seine eigentliche Bedeutung zurück. «Mach's wie Gott, werde Mensch!» wurde einmal an die Fassade unserer Kirche gesprayt. Bringt Eure Anliegen in unsere Gottesdienste ein, damit der Begriff «Sans-Pa-

piers» durch Euch konkret wird, Gesicht und Würde bekommt!»

Gerne würde ich weiter berichten, die Verantwortlichen der Predigerkirche hätten sich an die übrigen Kirchgemeinden der Stadt gewandt: «Wir sind solidarisch mit den Sans-Papiers in unserer Kirche. Aber wir verhehlen nicht die Schwierigkeiten, die aus unserer Gastfreundschaft entstehen. Wir meinen weniger nur die logistischen Probleme, als vielmehr den Protest, den die sog. «Kirchenbesetzung» in Teilen unserer Gemeinde auslöst. Um uns zu entlasten, schlagen wir ein eigenes «Dynamisierungsverfahren» vor, die wöchentliche Rotation dieser Sans-Papiers unter den Kirchen. Es geht aber auch um die «Dynamisierung» unserer Spiritualität, wir meinen damit die Chance, Kirche neu zu denken und neu zu erfahren. Vor genau 100 Jahren hat der Neumünsterpfarrer Hermann Kutter gesagt: «Es darf nicht mehr damit sein Bewenden haben, dass sich der Christ mitten in der Wirklichkeit dieser Welt eine abgeschiedene, stille Innenwelt des Geistes aus den Worten Gottes erbaut, sondern darum muss es sich wieder handeln, ob diese irdische Wirklichkeit stimmt mit der Wirklichkeit Gottes. Nicht Erbauung und Andacht mitten in harter Ungerechtigkeit des Daseins, sondern Kräfte, welche die

Ungerechtigkeit überwinden» (NW 8/1909, 238). Kutter war der Verfasser von «Sie müssen!». Mit «Sie» meinte er damals «die Sozialdemokraten», die mit ihrem Kampf für Gerechtigkeit das tun müssten, was die Kirche versäumt habe. Heute würde er über die Aktion der Sans-Papiers sagen: «Sie müssen Gotteshäuser besetzen, weil die Kirche sich mehr um ihre Sonn- und Feiertage als um die Not der Papierlosen kümmert. Wenn Gotteshäuser nicht Häuser für Menschen sind, sondern zu Tempeln verkommen, fallen sie unter das Verdikt des Propheten Hosea (6,6): Liebe will ich, nicht Schlachtopfer!»

Solche Worte habe ich nicht gehört. Die friedliche «Besetzung» wurde nicht als zeichenhafter Aufruf zur Umkehr gedeutet. Statt dessen traten einige der Kirchenmenschen so gestresst in Erscheinung, dass mir das Wort aus Nietzsches «Zarathustra» durch den Kopf ging: «Erlöster müssten sie mir aussehen.» Daran schuld mag auch die fehlende Unterstützung durch die andern Kirchen gewesen sein, bis ganz am Schluss die St. Jakobs-Gemeinde den Betroffenen wenigstens noch ein dreitägiges Gastrecht gewährte. Erlöst sah dafür der Demonstrationszug der Sans-Papiers und ihrer zweitausend UnterstützerInnen am 3. Januar in Zürich aus. Offen gesagt: Ich habe mich hier weit besser gefühlt als am Weihnachtsgottesdienst in der Predigerkirche.

Die Kirchenleute sorgten sich in erster Linie um das Abfeiern ihres Festtagskalenders. Sie lamentierten über «Belastung bis ans Limit», «Ärger», «Ränkespiel», «Erpressung», «Geiselnhaft». Ja, sie drohten mit «Räumung als ultima ratio». Offenbar hätten sie dem lästigen Treiben lieber schon früher ein Ende gesetzt. Doch: «Selbst die Polizei machte uns unmissverständlich klar, dass zuerst alle anderen Lösungsversuche ausgeschöpft werden müssten» (reformierte presse, 9.1.09). Constantin Seibt meinte in einer satirischen TA-Kolumne, da sei das Evangelium umge-

schrieben worden: «Und Jesus sprach zu den Armen und Aussätzigen: Ich verstehe, dass es hier Emotionen gibt. Aber ihr seid arm und aussätzig, und das stresst» (16.1.09).

«Politmarketing»

Die Worttiraden eskalierten erst recht im politischen Raum. Wenn eine Kantonsratsfraktion «das von den Besetzern in der Predigerkirche erzwungene Gastrecht über die Weihnachtstage verurteilt», namens der Bevölkerung von «Affront» spricht, gegen die «Schweizer Drahtzieher» Stimmung macht und ihnen «schäbiges Politmarketing» vorwirft, glaubt man zu wissen, um welche Partei es sich handelt. Aber nein, in solcher Kakophonie erging sich diesmal die CVP des Kantons Zürich.

Ihr Präsident Markus Arnold setzte an einem Pressegespräch noch eins drauf: «Diverse Organisationen, unterstützt von cleveren Rechtsanwälten haben – selbstverständlich selbstlos aus rein humanitären Gründen – eine Kirche besetzen lassen.» Wohl gehöre es «zur christlichen Tradition, Hilfsbedürftigen ungeachtet ihrer Nationalität zu helfen». Aber: «Schon in der frühen Kirche wurde diese Hilfsbereitschaft von Egoisten missbraucht. [...] Die Barmherzigkeit gegenüber den Schwachen ist kein Selbstbedienungsladen, der allen offen steht.» Auch der Kanton Zürich könne sich eine solche Einladung «zur grossen Open-House-Party» nicht leisten, wie das «die Party-Veranstalter» sehr wohl wüssten.

Arnold gefällt sich in der Rolle des Ethikers, wann immer er die SVP wegen ihrer menschenverachtenden Sprache und Politik tadeln kann. Doch in eigener Sache scheint solche Ethik weniger gefragt. Mit Wörtern wie «Egoisten», «Party-Veranstalter» oder auch «Trittbrettfahrer der Humanität» verunglimpft er Personen, die er kaum kennt. Seine «christliche» Politik orientiere sich «an den realpolitischen Möglich-

keiten», meinte er am Pressegespräch. Da bleibt für Christliches freilich wenig Platz. Es ist schon gar nicht gefragt, wenn real die Unfähigkeit des eigenen Sicherheitsdirektors thematisiert werden müsste und Politik darin besteht, dies zu verhindern.

Wer gefährdet den Rechtsstaat?

Bürgerliche Politiker und selbst die NZZ (6.1.09) sorgten sich wieder mal um den Rechtsstaat. Wo jedoch Recht zu Unrecht wird, ist ziviler Ungehorsam angesagt. Er richtet sich nicht gegen den Rechtsstaat, sondern schützt ihn vor seinen Verächtern in Politik und Amtsstuben. Die Art, wie der Kanton Zürich mit Sans-Papiers umgeht, spottet der Menschenwürde. Er exekutiert das Not-Hilferegime des neuen Asylgesetzes mit Migros-Gutscheinen statt einem wenigstens gleichwertigen Geldbetrag und mit einem «Dynamisierungsverfahren», das die Betroffenen zwingt, wöchentlich die Notunterkunft zu wechseln. Die Chance, als Härtefall anerkannt zu werden, ist im kantonalen Migrationsamt auf Null gesunken.

Eben noch hatte der Sicherheitsdirektor gegenüber Radio DRS verlauten lassen, dass die Regierung fast die Hälfte aller Härtefallgesuche mit dem Antrag auf Genehmigung an das Bundesamt für Migration in Bern weiterleite. An der Pressekonferenz vom 5. Januar musste Hollensteins Amtschef jedoch einräumen, dass es 2007 nur gerade vier von 281 Begehren waren, ja dass 2008 kein einziges nach Bern geschickt wurde. Zum Vergleich: 2007 haben die Kantone insgesamt 944 Gesuche dem Bundesamt zur Genehmigung beantragt. Wenn jedoch bei den gesetzlich vorgesehenen «schwerwiegenden persönlichen Härtefällen» die Gesuche nicht einmal seriös geprüft werden, dann stimmt etwas nicht mit dem viel beschworenen Rechtsstaat.

Auch die Härtefallkommission, die jetzt wieder zur Diskussion steht, war

schon in den 1990er Jahren ein Dauerthema im Zürcher Kantonsrat. Nachdem ein Postulat von Anna Guler (SP) Ende 1995 gegen den Willen der damaligen Polizeidirektorin Rita Fuhrer überwiesen worden war, verträdelte diese die Umsetzung um drei Jahre. Als der Gesamtratsrat nur kurz vor Fristablauf eine Härtefallkommission einsetzte, entzog ihr die Polizeidirektorin die Beurteilung der Einzelfälle und brachte so das Postulat Guler um Sinn und Wirkung. Da der Härtefall immer der Einzelfall ist, betrachtete die Kommission das ihr verbliebene Palaver über allgemeine Härtefallkriterien als reine Zeitverschwendung und beantragte gleich selbst ihre Auflösung. Fuhrer hatte erreicht, was sie wollte: keine Härtefallkommission. Sie wolle überhaupt keine Härtefallregelung, liess sich die damalige Zürcher Regierung zum Asylgesetz vernehmen. Als der Tages-Anzeiger die SVP-Politikerin fragte, ob Menschen ein «ganzes Leben in Ausschaffungshaft verbringen» sollten, selbst wenn der Heimatstaat die Rück-schaffung verhindere, kam die Antwort: «Ja, das müsste man zumindest vorsehen können, Kuwait hat das übrigens vorgemacht» (TA 20. 10.1997).

Ohne die Selbsthilfeaktion der Sans-Papiers wären die Ungereimtheiten rund um die Härtefallpraxis im Kanton Zürich nicht ans Tageslicht gekommen. All die zuvor «legal» geäusserte Kritik oder die unzähligen Diskussionen im Kantonsrat haben nicht entfernt soviel bewirkt wie diese «Kirchenbesetzung». Der Regierungsrat wäre gut beraten, wenn er umgehend eine breit abgestützte Härtefallkommission einsetzen und ihr gleich die Nachprüfung der abgelehnten Begehren übertragen würde. Sonst wäre es an den Kirchen, eine eigene «Augenauf»-Kommission zu gründen, um die Gesuche auf freiwilliger Basis zu beurteilen und so für die kantonale Härtefallpraxis wenigstens ein Minimum an Öffentlichkeit herzustellen. ●

*Willy Spieler ist
Alt-Redaktor der
Neuen Wege.
spieler@goldnet.ch*